

1 Antragsteller: Juso Hochschulgruppe Köln.

2 Das BKT der Juso Hochschulgruppen in Kiel vom 4-6.11.2011 möge folgenden Antrag befassen,
3 beraten und beschließen:

4

5 **Eingreifen für den Frieden: Das Engagement für eine zivile Ausrichtung der Wissenschaft**
6 **fortsetzen.**

7

8 Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Krise wird deutlich: Dafür, dass es sozialer, ziviler,
9 demokratischer – also insgesamt menschlicher zugeht – nützt es nichts, auf ein höheres Wesen zu
10 setzen (Papst, Markt, Regierung ...). Vernünftiges passiert nur, wenn die Bevölkerung – also wir – die
11 Richtung selber vorgeben und die politische Entwicklung wieder gemeinsam in die Hände nehmen.
12 Dank dem Engagement von Hochschulmitgliedern gegen den Einfluss von Rüstungsindustrie und
13 Militär auf die Hochschule und für eine zivile, friedensfördernde Ausrichtung der Wissenschaft steht
14 die Frage der Verantwortung der Hochschule für die Gesellschaft auf der Tagesordnung. An
15 zahlreichen Hochschulen haben sich Bündnisse für die Zivilklausel konstituiert. Zudem ist auf
16 Bundesebene eine breite Vernetzung entstanden, in der Erfahrungen ausgetauscht, sich politisch
17 qualifiziert und aufklärend in die Öffentlichkeit gewirkt wird.

18

19 Die Zivilklausel-Bewegung, als prinzipielle Opposition gegen die Verzweckung der Hochschule für
20 den Krieg und Möglichkeit einer solidarischen, auf eine humane Entwicklung, Frieden und
21 Demokratie gerichteten Praxis an den Hochschulen, hat damit auch erste konkrete Durchbrüche
22 erzielt: Zum einen konnten Zivilklauseln in verschiedenen Hochschulen in den Grundordnungen
23 verankert werden, zum anderen wurden bestehende, in Vergessenheit geratene Zivilklauseln
24 „wiederentdeckt“, und damit an die Errungenschaften der Friedensbewegung für zivile Wissenschafts-
25 und Rüstungskonversion angeknüpft. Innerhalb der SPD ist es in NRW gelungen, eine Positionierung
26 der Partei für eine zivile Ausrichtung der Wissenschaft zu erstreiten.

27 Die Konkurrenz- und Marktideologie ist offenkundig gescheitert. Der Weg aus der Krise besteht nun
28 darin, dass Frieden, Solidarität und Gleichheit überall zur gesellschaftlichen und persönlichen Priorität
29 gemacht werden.

30

31 Die Juso Hochschulgruppen setzen sich daher verstärkt für eine Friedensbindung der Hochschulen ein
32 und initiieren und unterstützen im Bündnis mit anderen linken Hochschulgruppen und der
33 Friedensbewegung Veranstaltungen, Unterschriftenkampagnen und Urabstimmungen, um für eine
34 zivile und gesellschaftlich verantwortliche Ausrichtung der Wissenschaft aufzuklären. Um sich für
35 diese Auseinandersetzung weiter inhaltlich zu qualifizieren und Erfahrungen auszutauschen
36 organisiert der Verband eine Konferenz unter dem Titel:

37 „Raus der Krise: Was muss an den Hochschulen entwickelt werden, damit sie zu Frieden und sozialer
38 Verbesserung beitragen?“

39

40 Weiterhin unterstützt das Bundeskoordinierungstreffen den von der Köln SPD für den Bundesparteitag
41 der SPD beschlossenen Antrag für die Verankerung einer Zivilklausel in den Landeshochschulgesetzen
42 und im Hochschulrahmengesetz des Bundes. Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, eine
43 Verschickung des Antrags einschließlich der Begründung an alle Delegierten und
44 Bundestagsabgeordneten zu initiieren. Außerdem ruft das BKT alle Hochschulgruppen dazu auf, den
45 Antrag in ihren Ortsvereinen einzubringen und zu diskutieren, sowie die Abgeordneten und
46 Delegierten vor Ort anzusprechen.

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74 **Antrag der KölnSPD:**

75 **Keine Zusammenarbeit von Hochschulen mit Rüstungsunternehmen und Militär.**

76

77 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

78

79 **Antrag:**

80

81 Die SPD setzt sich für die Verankerung einer Zivilklausel, die Forschungsvorhaben mit
82 explizit militärischem Ziel ausschließt, im Landeshochschulgesetz und im
83 Hochschulrahmengesetz des Bundes, sowie für die Offenlegung sämtlicher Drittmittelgeförderter
84 Forschungsprojekte an Hochschulen ein.

85

86 **Begründung:**

87 Gerade in globalen Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur
88 Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme, zur Realisierung von
89 menschenwürdigen Lebensverhältnissen, Menschenrechten und Frieden weltweit
90 beizutragen. Die Ergründung von Kriegs- und Friedensursachen, Forschung für zivile
91 Konfliktlösung, für internationale Abrüstung, für die Konversion von Kriegs- in
92 Friedensproduktion und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung von
93 Völkerverständigung müssen und können dafür an Hochschulen realisiert werden. Der
94 Einfluss von Rüstungsunternehmen und Militär auf die Hochschulen steht einer auf humane
95 Ziele gerichteten intellektuellen Tätigkeit entgegen. Studium, Lehre und Forschung sollen
96 deshalb zivil, demokratisch und sozial ausgerichtet werden. Daher intensiviert sich
97 bundesweit das Engagement von Studierenden und Gewerkschaften für eine zivile
98 Ausrichtung der Wissenschaft und es verpflichten sich immer mehr Hochschulen darauf, wie
99 z.B. in Bremen, Berlin, Tübingen und Rostock.

100 Unter dem Druck der öffentlichen Unterfinanzierung der Hochschulen wurden in den letzten
101 Jahren Hochschulen zunehmend dazu getrieben, finanzielle Einnahmen von
102 Drittmittelgebern einzuwerben. Eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher
103 Verantwortung wird behindert, wo bestimmte Problemstellungen im Auftrag oder unter
104 Einflussnahme Dritter (z. B. der Industrie) gelöst werden sollen. Das partikuläre ökonomische
105 Interesse des Auftraggebers steht einer kritischen, unabhängigen und
106 allgemeinwohlorientierten Wissenschaft entgegen. Des Weiteren hindert die vielfach
107 bestehende Geheimhaltung der Kooperationen und Ergebnisse die Weiterentwicklung der
108 Wissenschaft.

109 Die Festschreibung einer zivilen Orientierung der Wissenschaft (Zivilklausel) in den
110 Hochschulgesetzen und die Transparenz über Forschungsk Kooperationen sind

111 Voraussetzungen dafür, dass die Hochschulen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
112 gerecht werden und eine kritische und kooperative wissenschaftliche Praxis zur Realisierung
113 von Frieden, Zivilität und Menschenrechten entwickelt werden kann.

114

115 *„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig*
116 *verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -tradition zu machen. Vor*
117 *allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver*
118 *Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“*

119 Albert Einstein, „Für einen militanten Pazifismus“